

## Christliche Zukunftserwartung und politisches Planen

„Und-Aufsätze“ bergen die Gefahr in sich, Problemebenen miteinander zu verbinden, die in einem sehr losen Zusammenhang miteinander stehen. Können christliche Hoffnung und menschliches Planen auf eine Ebene gebracht werden? Sind Ausgangspunkt und Ziel beider nicht zu verschieden, ja einander entgegengesetzt? Liegt der christlichen Zukunftserwartung nicht primär der Gedanke zugrunde, menschliche Zukunft sei sowohl in kollektiver als auch in individueller Hinsicht unverfügbar? Hat menschliches und politisches Planen nicht gerade die Funktion, ja die Pflicht, Zukunft „in den Griff zu bekommen“? Steht auf der einen Seite das Ende der Zeiten als souveräne Tat Gottes, auf der anderen Seite menschliches Bemühen und die Pflicht, eine im Vergleich zur Gegenwart bessere Zukunft herbeizuführen?

Karl Rahner hat 1969 in einem Vortrag über „Die Frage nach der Zukunft“<sup>1</sup> von den Grenzen der Planung gesprochen. Seine Kernthese lautete dabei: „Die innerweltliche Zukunft ist immer eine offene, offenbleibende Frage.“ In diesem Zusammenhang wird darauf verwiesen, daß die Herstellung einer geplanten Zukunft immer von Voraussetzungen ausgehe, die dem Menschen vorgegeben seien und die er nie adäquat durchschauen könne. Die Offenheit innerweltlicher Zukunft sei schon dadurch vorgegeben, „daß durch die heute aktuell gewordene schöpferische Freiheit des Menschen auf seine Zukunft hin die Zahl der Möglichkeiten wächst und gerade dadurch die Frage offener wird, welche von diesen Möglichkeiten tatsächlich verwirklicht wird, wobei diese Frage erst beantwortbar wird, wenn eine bestimmte Zukunft aus vielen möglichen durch eine freie und unableitbare Entscheidung Gegenwart geworden ist“. Die Zahl konkreter Möglichkeiten ist nach Rahner größer geworden, und dennoch zwingt die Vielzahl der Möglichkeiten zur unwiderruflichen Auswahl, somit könnten also nicht alle Möglichkeiten realisiert werden. Ob man dies heute – zehn Jahre später – noch so formulieren könnte? Wie dem auch sei – für Rahner stellt die Freiheit den letzten Grund für die Offenheit innerweltlicher Zukunft dar. Sein zusammenfassendes Fazit lautet: „Auch die innerweltliche Zukunft bleibt in allem die offene und dunkle . . . Der Theologe ist von seinem Auftrag her der Hüter dieser *docta ignorantia futuri*.“

Die Aussagen dieses großen Theologen haben gewiß ihren konkreten zeitgeschichtlichen und theologischen Hintergrund. Ende der sechziger Jahre gab es in der Bundesrepublik Deutschland eine ungeheure Aufbruchstimmung, die zwei-

fellos auch mit dem Regierungswechsel zusammenhing. Es war eine planungseuphorische Epoche, geprägt von Wahlkampfslogans wie „Wir schaffen das moderne Deutschland“ oder „Wir wollen mehr Demokratie wagen“. Diese Episode ging auch an der Kirche nicht spurlos vorüber. Sie versuchte die ihr vom Konzil aufgetragene Öffnung zur Welt unter anderem dadurch zu realisieren, daß sie – ganz struktur- und planungsgläubig geworden – Unternehmensberatungen zur Neustrukturierung ihrer Diözesanstrukturen zu Rate zog. Man stellte die Bistumsverwaltungen nach dem Vorbild moderner Unternehmen um, schuf Hauptabteilungen für Pastoral, Erwachsenenbildung, Personal, Finanzen etc., ohne allerdings das Problem, welches Gesamtziel kirchliches Handeln in unserer Gesellschaft zu verfolgen hat, ausreichend reflektiert zu haben. (Es gab übrigens den Versuch, dieses Problem gruppendynamisch, also auf der Ebene von „human relations“, zu lösen, was natürlich gründlich schiefgehen mußte. Größere Reibungslosigkeit kirchlicher Aktivitäten und zugleich Verminderung innerkirchlicher Konflikte wurden dadurch nicht ermöglicht<sup>2</sup>.)

### Ende der Planungseuphorie?

Inzwischen hat sich jedoch – nicht nur im kirchlichen Bereich – Skepsis ausgebreitet gegenüber politischem und menschlichem Planungsvermögen. Das Verhältnis von planerischen Impulsen und politischen Entscheidungen, von wissenschaftlicher Politikberatung und praktischer Politik ist eher frustrierend als erfolgversprechend. Und trotz aller nachkonziliarer Bemühungen der Kirche, ihr Erscheinungsbild attraktiver zu gestalten, d. h. der Gesellschaft ein differenziertes Angebot an Kult, Bildung und Caritas zu vermitteln, nimmt die Tendenz kirchendistanzierter Religiosität in der Gesellschaft der Bundesrepublik zu.

Karl Rahners Skepsis – vor zehn Jahren formuliert bzw. angemeldet – findet heute ihre Bestätigung. Obwohl sehr abstrakt formuliert, scheint es sinnvoll, sie darzustellen, da sie inzwischen ihre Resonanz im sozialwissenschaftlichen Bereich hat, ohne daß allerdings die Theologie bzw. ihre Einzeldisziplin, die Eschatologie, dieses kritische Potential differenzierter reflektiert hätte. Gewiß liegt dies auch am Verhältnis von Sozialwissenschaften und katholischer Theologie, genauer: an der äußerst dürftigen Rezeption gesellschaftswissenschaftlicher Ergebnisse in der systematisch-theologischen Diskussion. Solange jedenfalls der traditionellen katholischen Soziallehre diese Aufgabe zufällt, ist eine intensive Auseinandersetzung nicht zu erwarten. Ihr Selbstverständnis und Begriffsinstrumentarium sind zu einer differenzierten Diskussion kaum mehr in der Lage. Eher war es in den letzten Jahren die Fundamentaltheologie, die diese Diskussion geführt hat<sup>3</sup>.

Die folgenden Überlegungen gelten dem Versuch, die theologischen Aussagen

von der Unverfügbarkeit der Zukunft planungssoziologisch und politikwissenschaftlich zu reflektieren. Sie wollen zugleich der Frage nachgehen, ob neuere Erkenntnisse zum Thema Planung die theologische Diskussion über die christliche Zukunftserwartung vorantreiben können.

Die Planungseuphorie bzw. Planungsgläubigkeit der letzten Jahre scheint vorüber. Bildungspolitik, Rentenprobleme, Energiefragen, mit diesen wenigen Stichworten ist ein Problemknäuel angedeutet, der die Grenzen der politischen, näherhin der staatlich-administrativen Kompetenz andeutet. Gerade am Beispiel der Bildungspolitik läßt sich deutlich machen, inwiefern ein einmal gefaßtes Planungsvorhaben mit dem Ziel, eine drohende Bildungskatastrophe zu verhindern, andere Bereiche, hier vor allem die berufliche Bildung, völlig vernachlässigte, und eben zu einer neuen Krise führte.

Aber liegt hier nicht gerade eine Krise des parlamentarischen Systems, daß längerfristige Entscheidungen, von Planern vorbereitet, nicht möglich sind, da die Politiker, ohnehin auf Zeit gewählt, auf den kurzfristigen Erfolg aus sind, weswegen das Geplante auch kurzfristig politisch umsetzbar sein muß? Über dieses Problem wird in letzter Zeit immer mehr nachgedacht; so spricht z. B. Ulrich Scheuner davon, daß es trotz des Einsatzes planender Methoden dem Staat immer weniger gelinge, den sozialstaatlich und volkswirtschaftlich bedingten Steuerungsaufgaben nachzukommen. „Hier zeigt sich ein Nachteil des parlamentarischen Systems, dessen Bindung an Wahlperioden auch der Bereitschaft, über diese hinaus längerfristige Vorhaben zu unternehmen, enge Grenzen zieht, und eine Schwäche der Handlungsfähigkeit dieses Systems. Planung vermag die Aktionskraft nur zu erweitern, wenn sich zu ihrer rationalen Vorberechnung auch der Wille zu einer langfristige Aufgaben aufnehmenden politischen Programmatik verbindet.“<sup>4</sup>

Hier drängt sich natürlich die Frage auf, ob Scheuner die Möglichkeiten der Planung nicht zu positiv einschätzt und ob es lediglich eine Sache des guten Willens sei, längerfristig planen zu können. Sind die Grenzen der Planung nicht selbst planungsimmanent zu erklären? Woran liegt es also, daß das Verhältnis von Politikberatung und politischer Entscheidung so schwierig ist, woran liegt es, daß ein als „Macher“ und „Technokrat“ verrufener Politiker wie Helmut Schmidt sich den Planern gegenüber skeptisch gibt, wenn er sagt: „Weder der Staat noch andere können jenes Maß an Prognose leisten, das die Planer gerne hätten, um auf diesen Prognosen ihren bürokratischen Imperialismus stützen zu können. Natürlich muß Planung sein, natürlich muß im Interesse landes- und bundeseinheitlicher Lebensverhältnisse eine ganze Menge Planung sein, aber man muß auch wissen, wo die Plänemacherei endet.“<sup>5</sup>

Worin liegen nun im einzelnen die Grenzen der Planung? Welche soziologischen und politikwissenschaftlichen Aussagen gibt es zu dieser Frage? Im folgenden soll versucht werden, vor dem Hintergrund zweier Kernaussagen die Skepsis

gegenüber dem menschlichen Planungsvermögen zu begründen. Diese beiden Thesen lauten: 1. Planung hat die Tendenz zur Totalität. 2. Planung hat die Tendenz, den Maximen demokratischer Abstimmung zuwiderzulaufen.

### Tendenz zur Totalität

1. Planung hat die Tendenz zur Totalität. Gesellschaftliches und politisches Planen steht strukturell in der Gefahr, zu einer immer umfassenderen, zu einer Totalplanung auszuarten. Dies verrät die Sprache des politischen Alltags. Man spricht von „Gesamtplanung“, von „mittelfristiger und langfristiger Planung“, wobei das erste Adjektiv etwas unverfänglicher ist und aus diesem Grund häufiger gebraucht wird, man spricht weiterhin von der „gegenseitigen Abstimmung von Plangrößen bzw. Planeinheiten“ oder sehr anspruchsvoll von „lang-“ oder gar „längerfristiger Perspektivplanung“. Planungen im Bildungsbereich bedienen sich zur Kennzeichnung ihrer Vorhaben meist der Zusatzattribute „Projekt-“ oder „Modell-“, also genauer „Projektmaßnahme“ oder „Modellvorhaben“, und zuweilen wird gar von „Modellprojekt“ gesprochen. Damit wird versucht, die Dringlichkeit eines Plans und die Existenzberechtigung der Planer zu unterstreichen. Um etwas Zeit zu gewinnen, geht man noch durch eine „Erprobungsphase“, damit das Geplante auch wirklich eintritt. Dies mag hier etwas übertrieben formuliert erscheinen, und dennoch charakterisiert es den Sprachgebrauch einer neuen, in der schulischen, außerschulischen oder universitären Bildungsarbeit tätigen Berufsschicht. Kurz und auf einen gängigen Nenner gebracht: man bzw. der im Bildungsbereich Tätige – das gilt auch für den Sozialbereich – „deckt ab“, ein in diesen Kreisen ungeheuer oft gebrauchtes, aber verräterisches Wort, das die Tendenz zur Totalität nur zu deutlich macht.

Damit hängt ein weiteres zusammen: Planung wird gleichgesetzt mit Rationalität. Politisch rational handelt, wer plant, nicht rational, wer etwas in ungeplantem Zustand beläßt. Politik wird mehr und mehr nur noch als Plan und Programm legitimierbar. Die Folge, die sich daraus ergibt, wurde bereits angedeutet: Planung gilt nicht mehr als Mittel für politisches Handeln, sie avanciert vielmehr zur Meisterin der Politik. Vor dem Hintergrund der sich daraus ergebenden Gleichung: Politik = Planung = rationale Entscheidung wird nur zu deutlich, daß Pläne, die scheitern, durch neue Pläne korrigiert werden müssen, die eben stichhaltiger sind. Damit wird selbst durch das Scheitern von Planung die Schaffung neuer Pläne bestätigt. Verbunden damit ist die Tendenz der Politiker, sich hinter ihren Planungsstäben (der Ausdruck „Stab“ kommt hierbei nicht zufällig aus dem militärischen Bereich) zu verstecken. Planer bzw. Planungskollektive wiederum führen den Mißerfolg ihrer Bemühungen darauf zurück, daß eben noch nicht geplant worden ist.

Die angegebene Gleichung bringt übrigens für die politisch Handelnden und Entscheidenden die Gefahr, die bereits erwähnten Wertentscheidungen zu umgehen, indem sie auf „Sachzwänge“ und „Rationalität“ verweisen. Man vergewärtigt sich diese Tendenzen im Kontext parlamentarischer Regierungssysteme, in denen die Entscheidungsträger immer nur in festgesetzten Fristen zu handeln beauftragt sind und die Kontrollierenden – die parlamentarische Opposition bzw. Minderheitsfraktion – die Aufgabe haben, sich als die bessere Alternative darzustellen.

Hat sich Planung als nicht komplex und umfassend genug erwiesen, so gilt es planungsimmanent zu überprüfen, ob bislang ungeplante Bereiche zukünftig nicht stärker berücksichtigt werden müssen. Denn gerade sie könnten ja die Störfaktoren sein, die den Enderfolg des bislang Geplanten verhindert haben. Die Konsequenzen für ein Gemeinwesen sind leicht auszumachen: in immer stärkerem Umfang greifen öffentliche und zum Teil auch freie Träger in Bereiche ein, die bislang planerisch noch nicht erfaßt und der Initiative unmittelbar oder mittelbar Betroffener überlassen, man kann auch sagen: anvertraut waren.

Neben den aufgezeigten Tendenzen gibt es noch weitere, die auf Totalität der Planung verweisen: die Nebenfolgen noch laufender und bereits abgeschlossener Planungen. Nach Meinung des Tübinger Soziologen Friedrich H. Tenbruck ergibt sich der Zwang zur Planung überwiegend aus den Folgen früherer Eingriffe, die im nachhinein im Licht ihrer unvorhergesehenen Folgen wie ungeplant erscheinen. „Die Probe aufs Exempel ließe sich heute schnell machen; denn angefangen bei den Umweltproblemen über die Energiefragen bis zu den Nöten der Hochschulen, der Gesundheitsdienste und der sozialen Sicherung resultieren ja die heutigen Planungszwänge offenbar aus den Folgen und Mißerfolgen früherer Planungen, die oft nicht einmal weit zurückliegen. Die unvorhergesehenen Nebenfolgen vergrößern sich aber in dem Maße, wie die Planung in ihren Mitteln und Zielen abstrakter und starrer wird und überhaupt nach Zahl, Tempo und Größe wächst.“ Tenbruck verweist in diesem Zusammenhang darauf, daß solche Planungen in eingespielte gesellschaftliche Zusammenhänge eingreifen und somit Funktionen verdrängen, die anschließend als neue Unordnung, d. h. als neuer Bedarf an Planung auftreten<sup>6</sup>.

### Mangelnde demokratische Abstimmung

2. Planung hat die Tendenz, den Maximen demokratischer Abstimmung zuwiderzulaufen. Planung ist strukturell nicht geeignet, der Betroffenheit derjenigen, die Zielgruppe der Planung sind, Rechnung zu tragen. Dies liegt einmal daran, daß eine demokratische Abstimmung über Planungsvorhaben die Arbeit der Planer beeinträchtigt, die ja in der Regel immer nur auf bereits Vorgefunde-

nes re-agieren und dabei oft der auch im Planungsbereich vorhandenen herrschenden Meinung mehr oder weniger bewußt unterliegen (man vergleiche die verschiedenen städtebaulichen Grundkonzepte der Nachkriegszeit, konkreter den Wechsel von der auto- zur fußgängergerichten Stadt und die damit verbundenen Konflikte, die neuerdings durch den Hinweis auf die fehlenden Radfahrmöglichkeiten neuen Zündstoff erhalten).

Andererseits hängt das Problem mangelnder demokratischer Abstimmung mit der Frage zusammen, ob es selbst bei Beachtung demokratischer Prinzipien möglich ist, eine Abstimmung über Planungspräferenzen, die den Betroffenen gerecht werden will, zu realisieren. Rolf Mikus hat darauf aufmerksam gemacht, daß „die Herstellung einer rationalen gesamtgesellschaftlichen Präferenzordnung auf der Grundlage demokratischer Abstimmungs- und Entscheidungsmechanismen auf außerordentliche Schwierigkeiten stößt und in einem strengen Sinn wahrscheinlich nicht möglich ist“. Mikus meint in diesem Zusammenhang, selbst wenn man einmal unterstellte, daß jedes Individuum eine widerspruchsfreie Vorstellung davon habe, wie alternative soziale Zustände zu bewerten seien, so sei es noch lange nicht möglich, „diese individuellen Präferenzskalen zu einer gesellschaftlichen Präferenzordnung zu amalgamieren“<sup>7</sup>.

Konkret heißt dies: wenn ein Individuum weiß, welche Präferenzen es bezüglich gesellschaftlicher Planung hat, so ist damit noch lange nicht gesagt, ob seine Wertung in einer kollektiven Abwägungs- und Entscheidungsphase und danach respektiert bzw. wiederzuerkennen wäre. Dies mag beispielsweise Kernkraftgegner und Kernkraftbefürworter dazu verleiten, ein hochkomplexes technologisches Problem auf die Formel und den Autoaufkleber „Atomkraft? nein danke!“ oder „Steinzeit? nein danke!“ in simpler Form zu reduzieren: man will sich damit jedem Zwang zu einer Diskussion über Präferenzen vorschnell entziehen.

Ein weiteres kommt hinzu. Geht man, wie schon angedeutet, davon aus, daß jedes Planungssystem dazu neigt, latente Bedürfnisbefriedigungen zu erfüllen, zugleich aber neue manifeste Bedürfnisse zu schaffen (oder zu offenbaren), so ist dies ein weiterer Grund dafür, daß es nicht möglich ist, eine rationale, gesamtgesellschaftliche Präferenzordnung herzustellen. Selbst wenn dies zu realisieren wäre, „wenn es nämlich gelänge, eine widerspruchsfreie Rangordnung der bekannten gesellschaftlichen Bedürfnisse aufzustellen, so wäre das doch bestenfalls eine Feststellung der Bedürfnisse für die unmittelbare Vergangenheit oder Gegenwart“<sup>8</sup>. Doch kann damit den Planern gedient sein? Ist für sie eine Rangordnung der in der Planungszukunft zu erwartenden Bedürfnisse nicht von größerer Bedeutung? Sie scheint indes nicht möglich, da die neu auftretenden Bedürfnisse und Reaktionen letzten Endes nicht einmal mittelfristig einzukalkulieren sind.

Vorschulerziehung, Neubau von Kindergärten, Einrichtung von Mittelpunkt-

schulen, die gerade in den Flächenländern an die Stelle der Zwergschulen oder einklassigen Volksschulen traten, Neugründung von Universitäten – die mit diesen Stichworten verbundenen Planungskonzeptionen, die ja in der Regel zumindest mittelfristig angelegt waren, haben plötzlich mit dem völlig überraschenden Phänomen des Geburtenrückgangs zu tun. Mit dem, was heute etwas verkürzt als Pillenknick gekennzeichnet wird (im Grund handelt es sich hierbei um eine vielleicht einschneidende Änderung des generativen Verhaltens in einer nachindustriellen Gesellschaft), konnten die Bildungsplaner wohl kaum rechnen. Sie waren aufgeschreckt von Georg Pichts *Kassandra-Rufen* mit dem Titel „Bildungskatastrophe“ und damit auch in Zugzwang gebracht, Reformen um jeden Preis durchzusetzen.

Damit hängt ein weiteres Beispiel zusammen. Die Reaktion der Hochschulpolitiker, ihrer Planungsstäbe und der universitären Gremien auf Pichts Warnung führte zu einer extremen Stellenexplosion vor allem in den geistes- und sozialwissenschaftlichen Fachbereichen und in der Folge davon zu der Tatsache, daß auf die neugeschaffenen Lehrstühle meist jüngere Wissenschaftler berufen wurden oder berufen werden mußten. Somit stehen wir heute vor einer neuen Bildungskatastrophe, um den etwas dramatisierten Ausdruck von Georg Picht zu gebrauchen: selbst noch so qualifizierte jüngere Wissenschaftler haben heute kaum eine Chance, Hochschullehrer zu werden, da die meisten Lehrstühle für die nächsten 25 bis 35 Jahre besetzt sind. Oder wir erleben zur Zeit im berufsbildenden Bereich einen ungeheuren Verdrängungswettbewerb, der, um ein letztes Beispiel in diesem Zusammenhang zu nennen, so weit führt, daß in den meisten Berufsschulklassen für den Bankkaufmann nur noch Abiturienten zu finden sind. Kurzum, die Rede von der drohenden Bildungskatastrophe wurde zu einer „self fulfilling prophecy“, zu einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung.

### Grenzen der Planung

Es ist ausgesprochen schwierig, zukünftige Umweltereignisse angemessen zu prognostizieren. Selbst wenn man davon ausgehen könnte, daß wir eindeutige soziale Gesetzmäßigkeiten in ausreichendem Umfang kennen würden, so wäre dennoch zu fragen, ob damit eine für die Planung nötige Vorhersage relevanter zukünftiger Umweltdaten möglich wäre. Mikus ist der Ansicht, daß künftige Ereignisse, Zustände und Entwicklungen im Bereich der Umwelt im Normalfall mit wissenschaftlichen Mitteln nicht vorhersehbar seien. Tenbruck verweist im gleichen Zusammenhang auf die großen Prognosen über die Zukunft vor und nach dem Jahr 2000, also auf die Futurologie, die vor einem Jahrzehnt noch Mode war und sich selbst als Wissenschaft deklarierte. Doch der Mensch, meint der Tübinger Soziologe, stelle selbst die Grenze der Planung dar, weil er auf

jede Wirklichkeit anders reagiere, sie transformiere und sich eine neue innere und äußere Wirklichkeit schaffe; deshalb hätten Planer keine Macht über diese Verarbeitung äußerer Daseinsumstände und Planungen. „Planung ist gut beraten, wenn sie weiß, daß sie nur äußere Daseinsbedingungen schaffen kann. Die Aufgabe ist heute schwer genug, wo sich die vielen Zwecke der Menschen verselbstständigt haben und sich hart im Raume stoßen. Aber auch das Nötige der äußeren Daseinsbedingungen läßt sich nur planen, wenn man den Menschen als die unberechenbare Größe einstellt. Da versagt alles generelle Wissen, und nur die Erfahrung läßt Situationen und Lagen abschätzen. Denn Planung hat es nicht mit den generellen Bedürfnissen eines abstrakten Menschen zu tun, sondern mit bestimmten Situationen.“<sup>9</sup>

Darüber hinaus muß man bei der Voraussage künftiger Umweltereignisse mit einer sehr kontinuierlichen, aber auch mit einer möglicherweise sprunghaften Fortentwicklung menschlichen Wissens rechnen. Wenn wir schon heute wüßten, was wir in 25 Jahren zu wissen in der Lage sind, so hätten wir es nicht nötig, uns ein Vierteljahrhundert zu gedulden. Dies mag banal klingen, aber die Aussage charakterisiert deutlich das Dilemma, vor dem wissenschaftlich fundierte Planung steht. Der Standpunkt des *Hic et nunc*, die Erfordernisse der Gegenwart werden sehr schnell zum „point of no return“, was wiederum am Beispiel der Stadtplanung deutlich wird: „Fußgängerzone“ lautete das Programm Anfang der siebziger Jahre, exemplarisch vorgemacht durch die Umgestaltung der Münchner Kaufinger- und Neuhauserstraße in eine reine Fußgängerzone. Heute, vor dem Hintergrund der zweiten Energiekrise seit 1973, stellt man fest, daß unsere Innenstädte auf energiesparende Radfahrer nicht eingestellt sind.

Hier werden konkret und bürgernah die Grenzen von wissenschaftlicher und auch praxisorientierter Planung deutlich. Der Wissenschaft und der sich so gern auf sie berufenden Planung sind Grenzen gezogen, denn auch die Wissenschaft tritt immer nur als Einzeldisziplin auf und betrachtet die Wirklichkeit jeweils unter einem Aspekt. Aber die Unkenntnis der Nebenfolgen, die aus der Anwendung unseres Wissens entstehen, ist durch keinen Erkenntnisfortschritt zu beheben. „Es stimmt nicht einmal, daß mit unserem Wissensfortschritt die Unsicherheit generell verringert würde. Denn die Wirklichkeit schafft immer neue Situationen, nicht zu erwähnen die steigenden Eingriffe, die neue Unsicherheit erzeugen. Die Unkenntnis der Nebenfolgen gründet im Charakter der wissenschaftlichen Erkenntnis und kann durch keinerlei Wissensfortschritt behoben werden. Streng wissenschaftlich lassen sich deshalb die Grenzen der Planung nicht spezifizieren. Sie sind nur als das Wissen um unser Nichtwissen zu bestimmen, das sich generell nur in die Mahnung zu den Tugenden der Vorsicht und Umsicht fassen läßt.“<sup>10</sup>

## Herausforderung der Theologie

Die Grenzen der Planung, die bis hierhin darzustellen versucht wurden, müßten eigentlich eine Herausforderung an die Theologie, insbesondere an die Eschatologie darstellen. Gerade die eschatologische Dimension der Theologie ist ja in den sechziger Jahren aus ihrem Schattendasein herausgetreten. Wurde sie bis dahin als Lehre von den letzten Dingen abgehandelt und ans Ende dogmatischer Traktate gestellt, so geriet sie durch Provokation von marxistischer Seite – hier sei vor allem an die zahlreichen Gespräche der Paulus-Gesellschaft in den sechziger Jahren erinnert – in das Zentrum theologischen Denkens. Im Vordergrund stand dabei das Problem des Verhältnisses von individueller und kollektiver Zukunft, vom Ziel des einzelnen Menschen und der ganzen Menschheit, und die Frage nach dem Stellenwert des Einsatzes von Menschen im Gesamtkontext der Geschichte. In diesem Zusammenhang ist die Meinung von Johann Baptist Metz zu sehen, der christliche Glaube leide unter Privatisierungstendenzen. Das galt ja auch für die traditionelle Eschatologie, nach der Zukunft rein individualistisch verstanden wurde und unter dem Aspekt „Weiterleben nach dem Tod“ abgehandelt wurde. Aber die entscheidende Frage, in welchem Verhältnis Zukunft des Menschen und Zukunft der Menschheit zur Zukunft als absoluter Tat Gottes steht, blieb weitgehend ausgeklammert; dabei führte im Grund auch die politische Theologie von Metz nicht wesentlich weiter, wenn auch sein Grundanliegen beindruckend ist<sup>11</sup>.

Wiederum war es Karl Rahner, der sich diesen Problemen stellte. Er hat das genannte Dilemma in seinem Aufsatz „Über die Problematik einer Neuen Erde“<sup>12</sup> umrissen; dabei stellt er fest, die Geschichte baue ihre eigene Endgültigkeit, das Bleibende sei das Werk der konkreten Liebe in der Geschichte. In diesem Zusammenhang beeindruckt die Aussage, die vom Menschen gewirkte Geschichte selbst bleibe, und nicht nur ihr moralisches Destillat, das die Geschichte als ausgepreßten Treber hinter sich ließe; die Geschichte selbst gehe ein in die Endgültigkeit Gottes, nicht bloß der Mensch, der einmal Geschichte betrieben habe und dann, nachdem die Rolle – Rahner verweist dabei auf Hugo von Hofmannsthals „Jedermann“ – gespielt sei, die Geschichte als das wesenlos Gewordene hinter sich ließe. Stellt Rahners Beschwörung der eschatologischen Problematik zufrieden? Ja und nein. Ja, weil er Geschichte ausweist als den Ort der sittlichen Bewährung (und nicht nur als Bühne). Nein, weil das Verhältnis von Individual- und Weltgeschichte einerseits, von persönlicher Heilsgeschichte und Heilsgeschichte als umfassende Tat, als absolute, souveräne Entscheidung Gottes andererseits ungeklärt und letzten Endes im dunkeln bleibt. Was kann der einzelne Christ zum Gesamt der Geschichte beitragen?

Vielleicht schwingt in allen diesen Fragen unausgesprochen die Vorstellung von einer sich immer positiver entfaltenden Weltgeschichte mit, die die Hinfäl-

ligkeit allen menschlichen Tuns verdrängen will. Vielleicht steckt dahinter auch die Meinung, zu der die Planer in der Regel neigen: es sei eben alles herstellbar, wenn man es nur wolle und richtig anpacke, also müsse auch der Beitrag des Christen deutlich gemacht werden können, damit das Christentum und die Theologie ihre Relevanz behalten. Oder sollte man sich nicht doch damit zufriedengeben, daß die christliche Theologie nicht mehr sein kann als die „docta ignorantia futuri“, das belehrte Nichtwissen der Zukunft?

Diese Zweifel dürfen die Theologen nicht zur Meinung führen, wenn selbst die Planungssoziologen und Planungsexperten ihrer eigenen Arbeit mißtrauten, dann könne die Theologie keinen wesentlichen Beitrag zur Zukunft leisten, sondern müsse sich auf die individuelle Dimension des Menschen zurückziehen. Dies hätte zur Folge, daß sich die Vertreter der geisteswissenschaftlich orientierten Theologie auch weiterhin nicht veranlaßt sähen, sich intensiver als bisher mit der sozialwissenschaftlichen Dimension der Zukunft zu befassen. Sie müssen das Thema Zukunft vielmehr umfassender, d. h. interdisziplinär aufarbeiten<sup>13</sup>.

#### ANMERKUNGEN

<sup>1</sup> In: Schriften zur Theologie, Bd. 9 (Zürich 1970) 519 ff. Zitate 532 f., 536 f.

<sup>2</sup> Der Autor spricht aus der Erfahrung einer sechsjährigen Tätigkeit in einer katholischen Bildungsstätte.

<sup>3</sup> Vgl. K. Lehmann, Die Zukunft des Christentums in einer säkularisierten Welt, in: Gesellschaft ohne Christentum?, hrsg. v. U. Hommes (Düsseldorf 1974) 124 ff.

<sup>4</sup> U. Scheuner, Die Funktion der Verfassung für den Bestand der politischen Ordnung, in: Regierbarkeit, hrsg. v. W. Hennis, P. Graf Kielmansegg u. U. Matz (Stuttgart 1979) 110, 132.

<sup>5</sup> Zit. in: Das Parlament, Jg. 28, Nr. 15, S. 8.

<sup>6</sup> H. Tenbruck, Grenzen der staatlichen Planung, in: Regierbarkeit, Bd. 1 (1977) 139 f.

<sup>7</sup> R. Mikus, Probleme gesamtgesellschaftlicher Planung in der Demokratie, in: Macht der Verbände – Ohnmacht der Demokratie?, hrsg. v. W. Dettling (München 1976) 146.

<sup>8</sup> Ebd. 142.

<sup>9</sup> F. H. Tenbruck, a. a. O. 146.

<sup>10</sup> Ebd. 141.

<sup>11</sup> J. B. Metz, Erlösung und Emanzipation, in: Erlösung und Emanzipation, hrsg. v. L. Scheffczyk (Freiburg 1973); Art. „Erinnerung“, in: Hb. philos. Grundbegr. (München 1973) Bd. 2, 386 ff.

<sup>12</sup> In: Schriften zur Theologie, Bd. 8 (Einsiedeln 1967) 580 ff.

<sup>13</sup> Vgl. K. Bohr, Politische Bildung in katholischer Trägerschaft, in: Civitas 15 (1977) 168 ff.; F. X. Kaufmann, Wissenssoziologische Überlegungen zu Renaissance und Niedergang des katholischen Naturrechtsdenkens im 19. und 20. Jahrhundert, in: Naturrecht in der Kritik, hrsg. v. F. Böckle und E. W. Böckenförde (Mainz 1973) 127 ff.